

Volks-Zeitung

Geschrieben: Otto Rühle, Berlin-Steglitz.

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Druck und Verlag: Rudolf Wolff, Berlin.

Table with 2 columns: Item (e.g., Weizenbrot, Milch) and Price.

Table with 2 columns: Item (e.g., Kopfsalat, Schoten) and Price.

Table with 2 columns: Item (e.g., Tel. 015, ausw. a. Zon.) and Price.

Die beschleunigte Ruhrräumung

Am 17. August soll kein französischer Soldat mehr im Ruhrgebiet sein - Auch die Sanftionsgebiete werden frei

Paris, 24. Juni. (M. T. W.)

Der „Deutscher“ schreibt zu dem gestrigen Beschlusse des Ministerrats, die militärische Räumung des Ruhrgebiets, die am 17. August zu erfolgen hat, bereits vorzubereiten, folgendes: Die Operationen werden sofort beginnen. Sie werden vor dem 17. August zu Ende geführt sein. In diesem Zuge wird auch der letzte Mann unserer Soldaten, derer Zahl vom Staate herabgesetzt wurde, das rheinisch-westfälische Becken verlassen haben. Es werden auch die als Sanftionsgebiete zu betrachtenden Städte Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort geräumt werden, obwohl für sie ein anderes Regime geräumt werden können, und obwohl man sie mit der Besetzungsjone von Köln hätte verbinden können, statt mit dem Bezirk von Essen.

„Die Kammer verurteilt mit Entschiedenheit die Aufzählungen, die das Leben unserer Soldaten, das Zivilisationswert und den französischen Friedenswillen gefährden; sie nimmt den Entschluß der Regierung zur Kenntnis, die Verhandlungen mit Spanien einer Prüfung entgegenzusetzen, welche die Achtung vor den internationalen Verträgen in der freien Entwicklung der Rassebevölkerung in sich vereint, und auf diese Weise friedliche Nachbarschaft mit Frankreich fördert.“

Dieser Text wurde von Painlevé akzeptiert. Nachdem der Ministerpräsident die Vertrauensfrage gestellt hatte, erhielt die Tagesordnung der Sozialisten die Priorität vor der kommunistischen Tagesordnung mit 510 gegen 30 Stimmen.

Compté, Morel und etwa 40 Sozialisten hatten sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Das Mißtrauen eines Teiles der Sozialisten befehlt also weiter. Es wird bedrohlich stärker werden, wenn der Krieg in Maroffo nicht bald sein Ende erreicht.

Die verhinderte Einlösung

Was der französische Kammer denahe postiert wäre

Paris, 24. Juni.

Es ist heute früh wurde bekannt, daß gestern die Kammer noch von einer anderen Gefahr bedroht worden ist als von einer Spaltung der Mehrheit. Es hätte leicht geschehen können, daß die Sitzungssaal plötzlich durch einen Wallsturz überflutet worden wäre, der die wichtigsten Rednerinnen wahrhaftig hart abgesehen hätte. In der Wand hinter dem Stuhl des Präsidenten befanden sich drei Wasserkrüge, die gewöhnlich von dem alten Generaldirektor Pierré übernommen werden. Über den ersten Knopf steht die Aufschrift „Alarm“; auf dem dritten Knopf steht: „Deux“ geschrieben.

Als der Angriff des Oberst Picot gegen den kommunistischen Deputierten und der Präsident die Sitzung unterbroch hätte der erste Knopf gedrückt werden, der in den nächsten Monaten bereits zu einer ziemlich bekannten „Kammereröffnung“ geworden ist. Der alte Pierré war nicht da, und kein Vertreter war in den Reihen der Sozialisten. Er hätte schon den Finger auf die Nationalisten gedrückt und wurde nur im letzten Augenblick von einem anderen Sekretär verhindert, das Signal zu geben; sonst wären durch die Regenerierung schon tausend Eier Walter auf den Sitzungssaal losgelassen worden. So kam nur das Signal „Alarm“ in Tätigkeit, und diese Liebererhöhung hatte keine weiteren Folgen.

Der Entscheidungskampf um die Zölle

Die heutige Reichstags-Sitzung - Die schwierige Lage der Reichsregierung

Bei der heute nachmittags 2 1/2 Uhr im Reichstag beginnenden ersten Sitzung der Nachmittags-Session mit Liebererhöhung vorläufig nicht zu rechnen. Die Reichstags-Sitzung der heute nicht des Wortes geworfen wird. In dem Augenblick nicht fest. Voraussichtlich aber wird Reichswirtschaftsminister Neuhaus zur Begründung der Vorlage sprechen. Die Reichsregierung ist um die Mittagsstunde außerordentlich betroffen gewesen, als ihr mitgeteilt wurde, daß der demokratische Antrag auf Ablehnung der Bier- und Zabaflusteuer in Steuerabteilung der Reichsregierung ist vorläufig eine Mehrheit gefunden hat. Die Reichsregierung ist vorläufig eine Mehrheit dieses Vorgehens in eine außerordentlich schwierige Lage versetzt, weil die Wirtschaftspartei bei der Abstimmung im Ausschuss den Ausschlag gegeben hat und damit in dieser Frage sich von der Regierungskoalition losgerissen hatte.

Eine Niederlage Schließens

Die Bier- und Zabaflusteuer im Ausschuss abgelehnt

Der Steuerausschuss des Reichstages beschloß heute mit der Vorlage über die Erhöhung der Bier- und Zabaflusteuer. In der Fortsetzung der allgemeinen Aussprache wandte sich Abg. Herz (Soz.) in Anlehnung an einen vorliegenden sozialdemokratischen Antrag, der die Ablehnung der Bier- und Zabaflusteuer wünscht, gegen die geplante Erhöhung. Diesem Antrag wurde mit großer Mehrheit zugestimmt. Staatssekretär Föhrer führte aus, wenn Deutschland Reparationszahlungen leisten müßte, brauche es auch Einnahmen aus Verbrauchsteuern. Abg. Böll (in Komm.) betonte, daß die Kommunisten grundsätzlich keine Steuern bewilligen, die die Massen belasten. Die sogenannte „nationale Regierung“, die sich auf die Parteien stütze, die sich immer gegen die Erfüllungspolitik ausgesprochen hätten, treibe jetzt eine Finanzpolitik der Verschwendung, um den Reparationsverpflichtungen nachzukommen. Abg. Fischer (Soz.) betonte, daß die Kommunisten schon ein unerhörtes Steuerdruck vorlegen und ferner auch wegen außenpolitischer Fragen vorliegend in diesem Augenblick eine Erhöhung der Bier- und Zabaflusteuer nicht beschließen werden. Finanzminister v. Schlieffen erklärte sich zu Konzeption bereit. Die Finanzlage ist gegenwärtig so, daß ich auf

diese Steuererhöhung grundsätzlich nicht verurteilen kann.

Nach weiterer Debatte wurde der Antrag Fischer (Dem.) und Herz (Soz.) auf Ablehnung der fraglichen Regierungsvorlage mit 15 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten, Volkslichen und Wirtschaftspartei gegen 15 Stimmen der übrigen Parteien angenommen.

Der Ausschuss vertrat sich dann am Donnerstag. Eine merkwürdige Abstimmung. Vor einigen Wochen wurde ein Kasse Drulhowski, der, ähnlich wie vor einigen Jahren Anpach, systematisch politische Dokumente fälschte, in Berlin verhaftet. Er hatte vor allem Material gegen Sowjetrußland aufgenommen. Bei seiner Verhaftung fand man zahlreiche gefälschte Urkunden, Stempel, Aufträge usw. Drulhowski ist jetzt, wie der „Volksischen Zeitung“ mitgeteilt wird, aus der Haft entlassen worden.



Regierungsdirektor Windisch, der neue Leiter der Politischen Polizei in Berlin.

Schnelldienst

Die Dresdener politische Polizei hat ein kommunistisches Waffenlager entdeckt und beschlagnahmt, das zur Ausrüstung der „militärischen Untergruppen“ der kommunistischen Partei Deutschlands bestimmt war. Die zum Mannesmann-Kongress gehörige Spatzenfelsenstraße 46 in Berlin im Oktober (1924) wird am 1. Juli 1925 eingeleitet. Der italienische Finanzpolitiker Albert ist in Washington angekommen.

Falsche Perlen

Die „Abküllerseife des Liberalismus“ - Plaththeten-Sammlung eines Volksparteilers

Es geht nichts über die politische Weisheit eines typischen „Nationalliberalen“. (Der neuerdings beliebte Name „Volksparteier“ ist irreführend.) Man sollte es nicht für möglich halten, was von ihnen manchmal heute noch verapst wird. Der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Morath hat einen Artikel nicht nur geschrieben, sondern unglücklicherweise auch noch veröffentlicht, der eine wahre Mutterkolloktion von Plaththeten darstellt. Schon die Liebererhöhung: „Soll man noch von Liberalismus reden?“ ist erdacht und viel und nichtslogisch. Was heißt „man“? Ist jemand von Liberalismus rede oder nicht, ist gleichgültig; er ist da, wie er immer da war, denn er ist kein Parteigeheiß, sondern eine Idee. Nur Herr Morath sollte nicht davon reden, denn von der liberalen, zu deutlich: freizeithlichen Idee verpöht er kaum einen Hauch. Für ihn ist Liberalismus hauptsächlich „Individualismus“, Persönlichkeitskultus, ein Dogma. Wie er überhaupt alle politischen Erscheinungen dogmatisiert und schematisiert.

Moraths Artikel geht aus oder kommt zurück auf die kürzliche Gründung einer „liberalen Vereinigung“, die ihm sicherlich unangenehm ist, die er aber als volksparteiliche Konkurrenz und Gefahr empfindet. Und dabei „schreit“ er „tiefer“, so tief, daß der Hochmut kaum und der Laie sich wundert. Er charakterisiert andere Parteien. Wie „treffend“, das geht gleich aus dem Satz über die Konservativen hervor: „Obenan steht für den Konservativen die Gesamtheit, der Einzelne ist ihm gleichgültig.“ Und der Staat habe für ihn geradezu metaphysischen Wert. Wir haben bisher immer gedacht, für den Konservativen hänge die Gesamtheit, das „Volk“, unter dem er allein schwebt mit seiner „geborenen“ Kaste als berufene Herrschaftsschicht oben, der sich das Volk blind zu unterwerfen hat. Sein Staat, den er beherrscht, hat für ihn allein Wert, und den metaphysischen, anbetungswürdigen Wert soll das „Volk“ in ihm erblicken. Alle Anzeichen deuten auf darauf hin, daß diese letztere Auffassung heute wie ehemals zutrifft, und daß Herr Morath sich gewaltig irt.

Noch viel schlimmer ist aber seine Charakterisierung der Demokraten: „Der Demokrat ist leichtlich benutzbar über die Ungleichheit der Menschen hinweg.“ Sein Reden ist der Mehrheitsbeschluß. Er vertritt die Augen vor den überall deutlich sichtbaren Ungleichheiten der Menschen.“ Empfindet Herr Morath, was er eigentlich damit ausspricht? In seinem Interesse muß man sagen: hoffentlich nicht! Denn sehende und denkende Menschen, die so töricht handeln, wie Herr Morath hier von den Demokraten annimmt, wären Idioten. Die wunderbare Mannigfaltigkeit aller Geschöpfe der Natur, zu denen auch die Menschen gehören, die unendliche Verschiedenartigkeit der geistigen und körperlichen Temperamente und Begabungen soll von den Demokraten benutzt geünet werden? Das ist kein Mißverständnis mehr, das ist katastrophale Ignoranz. Da wird das ABC des demokratischen Gedankens nicht mehr begriffen: Nicht Gleichheit aller Menschen - die es nicht gibt - sondern Gleichberechtigung aller Staatsbürger vor Gesetz und Verwaltung. Die „Ebenbürtigkeit“ des empörenden Unrechts, das „geborene“ Privilegier über die große Masse „gewöhnlicher Untertanen“ diktiert herrschen. Demokratie ist nicht Volkssouveränität, sie ist nicht in dem das große Volk kann technisch gar nicht regieren - sondern Auswahl der Tüchtigsten zur Regierung. Erfolg des blind zufälligen Erbrechts durch das Auswahlrecht. Natürlich sind auch dabei menschliche Irrtümer möglich, aber sie sind korrigierbar; das Prinzip des Erbrechts dagegen liefert die Mittel einem faulen, unehrlichen, selbstverachtlichen Herrscher Lebenslaunischen oder gar geisteskranken der wahre demokratische Gedanke des höheren Menschenrecht. Nur konservative Intellektuellen, die selbstverständlich alle Demokratie lächerlich finden, weil es die Krallen ihres eigenartigen Machtgeizs beschneidet, und bezürerliche Schimpfen der nationalen Phrasen, wie Herr Morath, können das leugnen.

Und gegen sein selbst zurechtgemachtes Herbild der Demokratie läßt Morath den „liberalen Individualismus“ sich „empören“. Da reißt sich eine falsche Perle an die